

## **Bundratswahlen - die verpasste Gelegenheit des Jahrhunderts**

Gemäss der revidierten Verfassung gehört in der Schweiz die höchste Entscheidungsgewalt immer noch dem Stimmvolk, dem Souverän. Rund um die letzten Bundratswahlen ist eigentlich von allen Seiten anerkannt, oder zumindestens nicht mit überzeugenden Argumenten widerlegt worden, dass der Bundesrat seit der Ablehnung des EWR 1992 alles versucht, um dem Souverän entweder die Entscheidung in wichtigen Frage vorzuenthalten oder die Ablehnung seiner Vorlagen zu ignorieren.

Ein solches Verhalten ist möglich, weil praktisch kein Bundesrat befürchten muss, vom Parlament weggewählt zu werden, was immer seine Politik war. Bundespräsidentin Ruth Dreifuss und Bundesrat Adolf Ogi sind dafür eindrückliche Beispiele. Dazu kommt die langsam aber deutlich herangewachsene Entfremdung zwischen Parlamentarier und Stimmvolk. Ganz einfach deshalb, weil es die Parteien bzw. die jeweiligen Partei-„Establishments“ sind, die entscheiden wer zur Wahl ins Parlament vorgeschlagen wird und die Wähler an diese Vorschläge gebunden sind. So kann jeder Parlamentarier während mindestens einer Wahlperiode, in der Regel auf unbestimmte Zeit vor einer Abwahl sicher sein, es sei denn seine Partei stelle ihn nicht mehr auf, was ebenfalls relativ selten ist, er muss aus Altersgründen zurücktreten oder er verzichtet auf eine Wiederwahl.

Die schweizerische Demokratie ist so weitgehend dem Gutdünken von zwei der drei, verfassungsmässig vorgesehenen Gewalten, dem Bundesrat und dem Parlament, ausgeliefert. Das Stimmvolk, der eigentliche Souverän, hat Mühe, trotz Referendum und Initiative, in wichtigen Fragen zum Wort zu kommen. Typisch dafür sind die bilateralen Verträge mit der EU. Von einer Trennung der Gewalten als Basis jeder republikanischen Ordnung kann heute keine Rede mehr sein! Alle Entscheidungen werden zwischen Parlament, in Wirklichkeit den Establishments der politi-

schen Parteien, und dem Bundesrat, in der Praxis weitgehend von den führenden Kreisen der Verwaltung und den massgebenden Entscheidungsträgern des Landes, vorentschieden; dann, dank der Hilfe der Medien, mundgerecht verpackt, dem Stimmvolk serviert.

Wie weit diese Vernetzung fortgeschritten ist, haben die letzten Bundesratswahlen gezeigt. Eine Opposition zu dem, was die wichtigstens politischen Parteien unter sich abgesprochen hatten, war von allem Anfang an hoffnungslos. Dabei wurde, leider auch von den neugewählten Parlamentarier, vergessen, dass die Demokratie nur dank einer starken und anerkannten Opposition zu bestehen vermag. Zwar war die Möglichkeit durchaus vorhanden, eine solche echte und somit auch kreative Opposition wieder aufleben zu lassen, zunächst im Bundesrat selber, dann in seinem Verhältnis zum Parlament und letztlich auch beim Stimmvolk. Anstatt dem an sich unnatürlichen Zusammenspannen der zwei traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und CVP mit der SPD, um die Gefahr eines unbequemen SVP - Bundesrats, wie das zweifellos ein Christoph Blocher gewesen wäre, zu begegnen, hätte man gerade ihn wählen sollen. Damit wäre endlich etwas Betrieb gekommen in den sonst ruhig dahin "plätschernden" Bundesrat, in dem sich jedes Mitglied unter dem Mäntelchen von Kollegialität und Konkordanz sorgsam davor hütet, mit den andern in einer gesunden Auseinandersetzung die bestmögliche Lösung für das Land zu suchen.

Auf jeden Fall hätte eine Partei, die immerhin bei den letzten Parlamentswahlen die wählerstärkste war, mit einer echten Vertretung versehen werden sollen. Allein die Nichtwahl von Bundesrat Ogi, der ja ohnehin nach Erklärung aller anderen Parteien nicht als ein Vertreter der SVP betrachtet werden könne, oder noch besser sein Verzicht, was ein würdiger Abgang gewesen wäre, hätte erlaubt, an Stelle des angeblich unbequemen Blocher einen etwas ruhigeren SVP-Vertreter zu wählen. Auch ist gar nicht gesagt, dass Blocher sich als Bundesrat nicht viel

konkordanzfähiger erwiesen hätte. Aus der Stärke seiner Partei heraus, wäre er sehr wahrscheinlich viel verhandlungs- und konzessionsfähiger gewesen, als wofür er heute bekannt ist. Dem Ton im Bundesrat hätte es gut getan, wenn jedes Mitglied klar und deutlich, wenn sogar auch manchmal hart und konsequent seine Meinung vertreten und letztlich diese wiederstreitenden Meinungen dem Parlament und dem Volk hätten vorgelegt werden müssen. Jedenfalls wäre auf diese Weise die Konkordanz viel leichter und rascher modernisiert worden, als durch langwierige Verfahrens- oder gar Verfassungsänderungen.

Stattdessen muss jetzt die SVP ausserhalb des Bundesrats in Opposition gehen, das Stimmvolk für alle Sachfragen mobilisieren, und sehr wahrscheinlich rasch auch eine Volkswahl des Bundesrats in Angriff nehmen. Tut sie es nicht, dann kann das gleiche passieren wie in Frankreich, Deutschland oder England, nämlich die Zerwürfnisse der Bürgerlichen würden die Sozialisten auch in der Schweiz an die Macht bringen. Damit würde dann die Konkordanz bei der Partei enden, wegen der sie angefangen hat...